

Litauen

Wim van Meurs

Am 31. Mai 2006 trat die Regierung Brazauskas – eine Koalition aus Sozialdemokraten, Sozialliberalen, Bauernunion und Arbeiterpartei – zurück. Die Partei Neue Union hatte die Koalition bereits im April 2006 verlassen und seitdem regierte Brazauskas mit einem Minderheitskabinett weiter. Seine Koalition war geschwächt durch frühere Ministerrücktritte und nicht enden wollende ernste Korruptionsvorwürfe gegen Minister und Abgeordnete mehrerer Koalitionsparteien. Schlussendlich kündigte auch der Präsident persönlich sein Vertrauen in zwei Minister auf, die wegen illegaler Parteienfinanzierung beschuldigten wurden. Da sich in der verfahrenen politischen Situation keine neue Koalition anbietet, gelten Neuwahlen im Herbst als sicher. Laut Umfragen ist die Popularität der Arbeiterpartei durch die Korruptionsskandale von 28 auf 12% gesunken, was die anderen Parteien auf ein Wählervotum drängen lässt. Trotz nur zweijähriger Amtszeit war dies die Regierung mit der längsten Amtszeit in Litauen seit 1991.

Europapolitik

Da seine Inflation den von EU-Kommission und EZB gestellten Inflationshöchstwert um einen Prozentpunkt überschritt, wurde Litauen am 18. Mai 2006 die Euro-Einführung zum 1. Januar 2007 verweigert. Trotz diesbezüglicher Warnsignale aus Brüssel hatte Vilnius anders als Tallinn und Riga seine Bewerbung aufrechterhalten. Obwohl diese Zurückweisung als solche der litauischen Volkswirtschaft als einem der so genannten baltischen „Tigerstaaten“ durch das 2002 eingeführte Euro-currency board kaum schaden wird, sind die psychologischen Folgen unübersehbar: Manche vermuten politischen Unwillen seitens Europa hinter dieser umstrittenen Entscheidung. Andere monieren, dass Europa offensichtlich Länder mit einem rasanten Wachstum samt Inflation suspekt sind und kontrastierten das litauische BIP-Wachstum von 7,3% (2005) mit der Faststagnation in der Euro-12-Zone (1-1,5% Wachstum). Brüssel befürchtet angesichts tendenziell steigender Inflationsrate, starker Binnenkonjunktur, hohem Konsum und starken Investitionen eine Überhitzung der Wirtschaft und bevorzugt anscheinend eine gleichzeitige Euro-Umstellung der drei Balten 2009.¹

Wirtschaft und Außenhandel

Im Mai 2006 gelang es Litauen, die Mazeikiiai Ölraffinerie samt Transportinfrastruktur (verantwortlich für 10% des BIP, während die mineralölverarbeitende Industrie 30% des Exports besorgt) an das polnische PKN Orlen zu verkaufen. Hauptkriterien beim Verkauf, den Moskau mit allen Mitteln zu verhindern versuchte, waren nicht der zu erzielende Preis, sondern Fragen der nationalen Sicherheit und Volkswirtschaft: PKN Orlen wäre potentiell in der Lage, alternative Öllieferungen nach Butinge und Mazeikiiai zu organisieren, sollte Russland, ähnlich wie beim lettischen Ventspils, die Ölzufuhr als politisches und/oder wirtschaftliches Druckmittel verwenden. Somit wurden die Verhandlungen nicht nur vom

¹ Deutsche Welle, 18.05.2006.

Premier Brazauskas persönlich geleitet, aber auch von Washington und Brüssel aus genäht verfolgt. Für 1,8 Mrd. Euro erhielt der Investor die Aktienmehrheit des durch den russischen Staat in den Konkurs getriebenen Yukos-Konzerns sowie 30% vom litauischen Staat. Hiermit besteht die Möglichkeit, Mazeikiiai und die litauische Volkswirtschaft langfristig aus dem zunehmend politisch instrumentalisierten Energiemonopol Russlands zu befreien.² Aus diesem Grund war besonders in Vilnius die Verärgerung über den Bau einer deutsch-russischen Pipeline, die die Position der neuen russischen Primorsk-Öltankerterminal aufkosten der baltischen Häfen weiter stärken würde, besonders deutlich.³

Die litauische Volkswirtschaft bleibt mit einem hohen Wachstum auf Erfolgskurs, nicht zuletzt dank der intensiven Handelsbeziehungen zum EU-Binnenmarkt (70% des Exports). Obwohl der Lebensstandard 50% des EU-Durchschnitts noch nicht erreicht hat und die Arbeitslosigkeit noch relativ hoch ist, sind die sozialwirtschaftlichen Disparitäten innerhalb des Landes deutlich geringer als in Estland und Lettland. Das einheimische Wirtschaftswachstum und die Abwanderung von geschätzten 100.000 Litauern (3% der Bevölkerung) in das EU-Ausland mit Arbeitsfreizügigkeit, vor allem dem Vereinigten Königreich, führten trotz einer Arbeitslosigkeit von 8,3% (2005) zu ersten Anzeichen einer Arbeitsimmigration aus Belarus und Ukraine.⁴

Außenpolitik, Regionalkooperation und Minderheitenpolitik

Angesichts der von der EU auferlegten Schließung des Atommeilers in Ignalina (Tschernobyl-Bauart) bis 2009 stellten die baltischen Staaten, um ihre Energieversorgung von Russland unabhängiger zu machen, 2006 Überlegungen über den gemeinsamen Bau eines neuen Reaktors an, unter paritätischer Beteiligung der Versorger Lietuvos energija, Latvenergo and Eesti Energia.⁵ Trotz Intentionserklärung der Regierungschefs am 8. März 2006 für dieses geschätzte 2-3 Mrd. Euro teure Projekt, würde immer noch eine Lücke klaffen zwischen der Ignalina-Schließung 2009 und der baldmöglichsten Inbetriebnahme des neuen Ignalina 2015. Litauen wäre in der Zeit völlig abhängig vom russischen Gas. Im Moment liefert Ignalina 70% von Litauens Strom und exportiert in die baltischen Nachbarländer sowie nach Belarus.⁶ Im Rahmen der Regionalkooperation wurde, aufbauend auf der erfolgreichen Vermittlung des polnischen Präsident Alexander Kwasniewski und seines litauischen Amtskollegen Valdas Adamkus in der ukrainischen Krise vor der Orangen Revolution im Dezember 2004, im Mai 2005 eine Interparlamentäre Versammlung der drei Nachbarstaaten gegründet. Die Initiative sollte EU- und NATO-Ambitionen der Ukraine unterstützen.⁷ Außerdem wird ein trilaterales Friedensbataillon für Missionen in der Region vorbereitet.

Belastet wurden die russisch-litauischen Beziehungen 2005 nicht nur durch das Tauziehen um die Mazeikiu-Aktienmehrheit von Yukos oder den Absturz eines bewaffneten russischen Kampfflugges SU-27 auf litauischem Territorium im September 2005, sondern (zumindest symbolisch) auch durch die 750-Jahrfeier Kaliningrads, die im Juli in Anwesenheit des deutschen Bundeskanzlers, aber ohne Einladungen an die Nachbarstaaten Polen und Litauen, stattfand.

2 Financial Times, 31.06.2006, 2; Eurasia Daily Monitor 3/6 (2006).

3 International Herald Tribune, 27.10.2005; Eurasia Daily Monitor, 25.06.2005.

4 The Economist, 10.12.2005.

5 FAZ, 07.06.2006.

6 Deutsche Welle, Fokus Ost-Südost, 09.03.2006.

7 Eurasia Daily Monitor, 17.05.2005.